



Städtische Industrialisierung in Sachsen

Sönke Friedreich

Selfaktor-Montagesaal der
Sächsischen Maschinenfabrik
vorm. Richard Hartmann AG,
um 1900/1910

© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

Industrialisierung und Urbanisierung sind in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eng miteinander verknüpft. Der Wandel von der überwiegend ländlichen zur städtischen Gesellschaft und die Revolutionierung von Technologie, Produktion und Konsumtion bedingten sich gegenseitig. Die urbane Zivilisation, wie wir sie heute kennen und für selbstverständlich halten, entstand mitsamt ihren lebensweltlichen und alltagskulturellen Ausprägungen auf der Grundlage industrieller Produktions- und Arbeitsweisen. Dieser grundlegende Zusammenhang ist besonders deutlich an der neueren sächsischen Geschichte ablesbar, in deren Verlauf sich Sachsen als ein Pionierland der Industrialisierung etablierte. Obwohl Industriekultur kein rein städtisches Phänomen ist, verwirklichte sie sich doch historisch in den urbanen Zentren in verdichteter und beschleunigter Form: in den Fabriken, den Massen-

quartieren der Arbeiterbevölkerung, den modernen Verkehrsnetzen, der vereinfachten Kommunikation, den Konsumteilen und den ausdifferenzierten Lebenswelten.

Voraussetzungen

Dass Sachsen eine Vorreiterrolle in der industriellen Entwicklung in Deutschland einnehmen konnte, beruhte auf strukturellen Voraussetzungen, die sich bereits während der Frühen Neuzeit ausgeprägt hatten. Nicht nur hatte der Bergbau im Erzgebirge seit dem Mittelalter frühgewerbliche Zentren entstehen lassen, auch das Manufakturwesen differenzierte sich frühzeitig aus, basierend auf dem ländlichen Textilgewerbe, den günstigen Handelsbeziehungen der Region sowie nicht zuletzt der Nachfrage der höfischen Gesellschaft in Dresden. In diesem Zusammenhang erfuhr auch

die Entwicklung der Städte einen deutlichen Aufschwung. In der Mitte des 16. Jahrhunderts gab es bereits etwa 150 Städte in Sachsen, eine Zahl, die schon nahe an den heute gezählten 170 Städten lag. Bereits vor 1800 wuchsen vor allem jene Städte überdurchschnittlich, die später zu Industriestandorten werden sollten, wie zum Beispiel Chemnitz, Reichenbach, Glauchau, Mittweida und Frankenberg. Zahlreiche Orte blieben zwar im 19. Jahrhundert eher unbedeutend, doch entstanden in ihnen kleinere und mittlere Betriebe, durch die Industrie auch in die Kleinstadt geholt wurde. Zudem ist die Existenz urbaner Strukturen und Verkehrsknotenpunkte für die spätere Ansiedlung von Unternehmen nicht zu unterschätzen. Daneben bestand am Vorabend der industriellen Revolution eine Bevölkerungsverteilung, die für die nachfolgenden städtischen Wachstumsprozesse günstige Voraussetzungen schuf: Der Anteil der in der Landwirtschaft berufstätigen Bevölkerung lag um 1830 bei nur 20 Prozent, während beinahe die Hälfte der Bevölkerung unter die besitzlosen oder -armen Landbewohner zählte. Etwa ein Drittel aller in Sachsen lebenden Menschen wohnten bereits in Städten, abgesehen von Dresden und Leipzig insbesondere im Erzgebirge, in Südwestsachsen und in der südlichen Oberlausitz. Damit waren gute Bedingungen für die Mobilisierung der Bevölkerung und die im Zuge der Industrieentwicklung einsetzenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse gegeben.

Beispielloses Wachstum

Während der Hochphase der ersten Industrialisierungswelle erlebte das Königreich Sachsen ein beispielloses Bevölkerungswachstum. Im Zeitraum zwischen 1834 und 1910 vermehrte sich die Bevölkerung im Schnitt um 14,6 Promille im Jahr, während es in Deutschland 9,8 Promille und europaweit sogar nur 8,2 Promille waren. Allein zwischen 1834 und 1890 wuchs die Bevölkerung in absoluten Zahlen von etwa 1,6 Millionen auf etwa 3,5 Millionen Menschen, wobei hierfür nicht alleine die hohen Geburtenraten verantwortlich waren: Im gleichen Zeitraum wanderten etwa 250.000 Menschen mehr nach Sachsen ein als auswanderten. Im letzten Drittel des 19. und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts war Sachsen das deutsche Flächenland mit der größten Bevölkerungsdichte. In keinem anderen Land war der Anteil der in der Industrie beschäftigten Erwerbstätigen so hoch wie hier. Dieser Wachstumsprozess belegt, welche Zugkraft die sächsische Industrie entwickelte, die – abgesehen von Zeiten konjunktureller Einbrüche – für eine ständig wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften sorgte.

Ein Großteil dieser Arbeitskräfte zog in die Städte, wobei dieser Zuzug keineswegs nur den bevölkerungsreichsten Städten Dresden und Leipzig zugutekam. Die Bevölkerung von Zittau etwa wuchs zwischen 1834 und 1910 von etwa 8.500 auf etwa 37.000, Annaberg hatte einen Zuwachs von 6.700



auf 17.000 zu verzeichnen und Döbeln von 5.700 auf 19.600. Am deutlichsten zeigte sich der quantitative Sprung im südwestlichen Landesteil im Dreieck Chemnitz – Crimmitschau – Plauen. Die sich dort rasch entfaltende Textilindustrie und der Maschinenbau sorgten für eine stetig wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften. So wuchs Chemnitz zwischen 1843 und 1910 von 21.137 auf 287.807 Einwohner, Crimmitschau von 3.809 auf 28.818 Einwohner, Glauchau von 6.296 auf 25.155 Einwohner, Meerane von 4.339 auf 25.470 Einwohner, Plauen von 9.029 auf 121.272 Einwohner und Zwickau von 6.701 auf 73.542 Einwohner. In den einhundert Jahren vor 1910 erhöhte sich die Zahl der sächsischen Städte mit über 20.000 Einwohnern von zwei auf 14, die Zahl der Städte mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern von neun auf 59. Dass bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 Leipzig und Dresden unter die fünf größten Städte des Deutschen Reiches fielen, ist ein weiterer Indikator für die überregionale Bedeutung des sächsischen Städtewesens.

Das außerordentliche Wachstum stellte die Städte vor große Herausforderungen. Die Bereitstellung von Wohnraum, die Erweiterung des Verkehrsnetzes und der Ausbau von Wasser- und Energieversorgung waren Mammutaufgaben, die nicht nur planerisch, sondern auch finanziell die Städte bis an die Grenzen der Belastbarkeit führten. Da eine einheitliche Baugesetzgebung erst durch das sächsische Baugesetz von 1900 eingeführt wurde, verlief das Stadtwachstum lokal höchst unterschiedlich; urbaner Wildwuchs und unregulierte Bautätigkeit waren nicht selten. Dennoch konnten sich die sächsischen Städte auf der deutschen Städteausstellung in Dresden 1903 selbstbewusst als zentrale Orte des gesellschaftlichen Wandels präsentieren. Der Expansionsprozess ergriff im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auch zahlreiche Vororte sowie Landgemeinden, die stadtähnliche Strukturen und Größen aufwiesen, obgleich sie

Gruppenbild der weiblichen Belegschaft (Saal II, Flügel A) der Blechspielwarenfabrik L. Georg Bierling & Co. AG, Heidenau-Müggeln, 1903
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

rechtlich nicht als Städte galten. Die so entstehenden „Industriedörfer“ von teilweise mehreren Tausend Einwohnern, in denen gelegentlich nur ein einzelner Unternehmer für die Infrastruktur und die Ausgestaltung industrieller Lebenswelten verantwortlich zeichnete, stellten ein Charakteristikum der sächsischen Industrielandschaft dar.

Innovation und Produktion

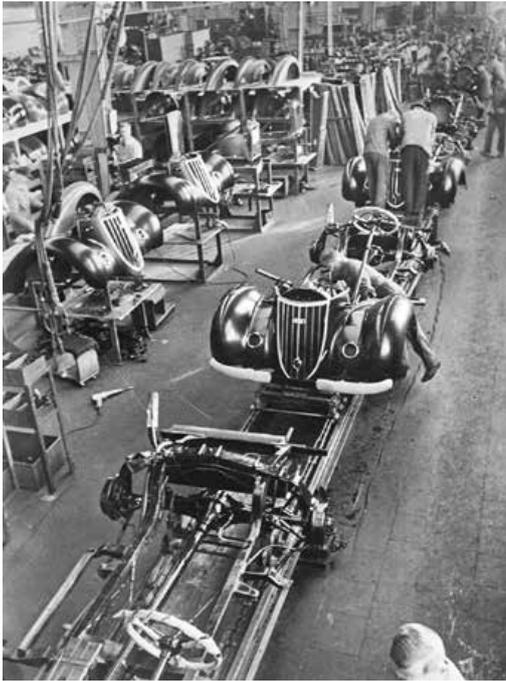
Die wachsenden Städte Sachsens bildeten im 19. Jahrhundert einen idealen Nährboden für die industrielle Entwicklung. Die Verdichtung der Bevölkerung, die seit den späten 1830er Jahren ausgebauten Eisenbahnverbindungen und die Entwicklung eines differenzierten Schulwesens, durch das das Qualifikationsniveau der Beschäftigten erhöht wurde, machten auch dort die Ansiedlung von Betrieben attraktiv, wo keine Rohstofflager oder billige Energiequellen in unmittelbarer Nähe vorhanden waren. In den Industriebetrieben wurden neue Technologien eingeführt, die sich rasch sowohl innerhalb der Städte wie in der gesamten Region verbreiteten. Beispiele hierfür bietet die Textilindustrie, die einen entscheidenden Motor der Wirtschaftsgeschichte darstellte: 1847 wurde in Zittau die erste mechanische Weberei Sachsens eröffnet, 1857 eine erste Maschinenstickmaschine in Plauen aufgestellt, nach 1861 der in England erfundene Paget-Wirkstuhl in der Strumpfwirkerei in Chemnitz, Limbach und Stollberg eingeführt – um nur einige Beispiele für die Rolle von Innovationen zu nennen. Die von der Textilindustrie ausgehenden Nachfrageeffekte sorgten dafür, dass auch der Maschinenbau kräftige Impulse erhielt. Waren zunächst die notwendigen Spezialmaschinen als handwerkliche Einzelstücke gefertigt worden, so ging seit den 1860er Jahren die Maschinenherstellung in Serie. In den so entstehenden Fabriken arbeiteten nicht nur mehr Beschäftigte als in den Handwerksbetrieben, die Produktion griff auch in zunehmendem Maß auf die zuverlässige, einen kontinuierlichen Betriebsablauf gewährleistende Bereitstellung von Dampfkraft zurück. 1895 wurden sachsenweit in einer Gewerbestatistik insgesamt etwa 42.000 Beschäftigte im Maschinen- und Apparatebau gezählt; 748 Betriebe dieses Zweiges hatten mehr als fünf Beschäftigte, davon ein Viertel mehr als 50 Arbeiter. Kleine und mittlere Betriebe, die auch die Textilindustrie charakterisierten, waren im Maschinenbau die Regel, während Großbetriebe wie die Sächsische Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann AG in Chemnitz oder die Vogtländische Maschinenfabrik AG (VOMAG) in Plauen mit jeweils mehreren Tausend Beschäftigten die Ausnahme bildeten. Anders als etwa im rheinisch-westfälischen Industrieviertel, in dem die Schwerindustrie mit ihren riesigen Betrieben dominierte, wurden die sächsischen Städte daher nicht zu Anhängseln der Industrie. Zwar gehörten Fabrikbauten und Schornsteine zu den prägenden Elementen der Stadtsilhouetten, doch überformten sie die Städte nicht

in ähnlich grundlegender Weise wie in den außersächsischen Industrievierteln. Allerdings verweist das Etikett des „sächsischen Manchester“ für Chemnitz sehr deutlich auf die identitätsprägende Kraft der städtischen Industrialisierung.

Die Herstellung von Anlagen und Maschinen beschränkte sich jedoch nicht auf die Region Südwestsachsen. In zahlreichen Städten entstanden Spezialunternehmen, die die örtliche Nachfrage bedienten, so etwa im polygraphischen Gewerbe: Die Maschinenbau AG Golzern-Grimma etwa belieferte Papierfabriken, und in Leipzig und Coswig wurden Buchdruckmaschinen hergestellt. Die enorme Akkumulation technischen Wissens und die Professionalisierung der Ausbildung von Ingenieuren und Handwerkern ermöglichte – in Verbindung mit der 1861 eingeführten Gewerbefreiheit, durch die der Zunftzwang aufgehoben wurde – die differenzierte Ausprägung lokaler Industriebetriebe, von der Orgelherstellung in Dresden und Zittau über den Buchdruck in Leipzig bis hin zur Papiererzeugung in zahlreichen erzgebirgischen Orten. Der dezentrale, kleinteilige Charakter der sächsischen Industrialisierung zeigte sich darin, dass in beinahe jeder Stadt mehrere kleine und mittlere Unternehmen ansässig waren, sodass sich neben den Industriestädten wie Chemnitz und Zwickau eine Vielzahl mehr oder weniger industrialisierter Städte fand. Demgegenüber entwickelte sich eine rohstoffgestützte Schwerindustrie nur in vergleichsweise geringem Umfang, vor allem durch die Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlebergwerke sowie seit der Wende zum 20. Jahrhundert im Braunkohleabbau in der Oberlausitz sowie im Raum Borna. Weder die Eisenverhüttung noch die Stahlerzeugung konnten jedoch, trotz eines zeitweiligen Aufschwungs in den 1860er und 1870er Jahren, dauerhaft in Sachsen Fuß fassen. Bereits im Kaiserreich bewirkten Globalisierungseffekte eine regionale bzw. nationale



Ernemann-Werke in Dresden-Striesen, Foto von Walter Möbius, 1930
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



Spezialisierung auf bestimmte Industriezweige. In Sachsen entfaltete sich bis um 1900 somit eine kleinteilige, mittelständische Wirtschaftsstruktur, die auf einem engmaschigen Städtennetz basierte, vergleichsweise kapitalschwach und arbeitsintensiv war und die zunehmend vom Exportgeschäft lebte.

Hochindustrialisierung in der Stadt

An der Wende zum 20. Jahrhundert hatte Sachsen einen umfassenden ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess durchlaufen, dessen Spuren sich bis heute in der Industriekultur innerwie außerhalb der Städte finden lassen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg entstanden in einer weiteren Industrialisierungswelle neue Branchen in der Region, die sich vor allem im Einzugsbereich der großen Städte ansiedelten. Dazu zählte die Herstellung von medizinischen und pharmazeutischen Produkten und Arzneiwaren in Dresden, eine elektrotechnische Industrie in Chemnitz, Leipzig und Niedersiedlitz bei Dresden sowie die Betriebe der optischen und feinmechanischen Industrie, für die Dresden und sein Umland berühmt wurden. Während diese Branchen in der Gesamtwirtschaft Sachsens jedoch von vergleichsweise geringem Gewicht blieben, entwickelte sich der Maschinenbau zu überragender, international anerkannter Bedeutung. Die Maschinenbauunternehmen profitierten von der im 19. Jahrhundert etablierten industriellen Infrastruktur sowie dem Fachkrätereservoir der Städte. Beispielhaft hierfür steht der Erfolg der 1885 gegründeten Wanderer-Werke in Chemnitz, die zunächst Fahrräder herstellten, schon 1896 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurden und in den folgenden Jahren ihre Produktpalette erfolgreich diversifizierten: Schreib- und Rechenmaschinen gehörten bald ebenso zu den hergestellten Waren wie Motorräder und – noch vor dem Ersten Weltkrieg – Automobile. Der Auto-

bilbau zählte überhaupt zu den unternehmerischen Erfolgsgeschichten des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts. Nachdem der zunächst in Köln tätige Ingenieur August Horch in Reichenbach/Vogtland eine Werkstatt für Automobilbau etabliert hatte, zog er 1904 nach Zwickau um, wo er mit den Horch-Werken und seit 1909 dem Audi-Werk zwei überregional bedeutende Automobilfabriken gründete. Für Zwickau waren diese Betriebsgründungen von nachhaltiger Bedeutung, da sie die Wirtschafts- und Erwerbsstruktur der Stadt dauerhaft prägen sollten. So erfolgte nach 1949 der Aufbau einer eigenen DDR-Pkw-Fertigung unter anderem an den alten, nunmehr fusionierten Standorten der Horch- und Audi-Werke in Zwickau, in denen bis 1991 der „Trabant“ als eines der bekanntesten Symbole der DDR-Warenwelt hergestellt wurde. Nach dem Systemumbruch von 1989/90 nahm der VW-Konzern die Gelegenheit wahr, in Zwickau-Mosel eine Pkw-Fertigung zu etablieren, die auf die Traditionen der lokalen Industriegeschichte und ein breites Arbeitskrätereservoir zurückgreifen konnte.

Trotz dieser Erfolgsgeschichten und der Tatsache, dass in den Jahren zwischen 1895 und 1914 sowohl die Pro-Kopf-Einkommen wie auch die unternehmerischen Gewinne im Königreich Sachsen überdurchschnittlich wuchsen und die Städte prosperierten, wiesen die Wirtschaftsdaten auch Schattenseiten auf. Problematisch war etwa die – trotz aller Diversifizierung – weiterhin bestehende regionale Abhängigkeit von der Textilindustrie, die stärker als andere Branchen konjunkturellen Einbrüche unterworfen war. Zahlreiche Kleinbetriebe hatten zwar den Vorteil, dass sie oft flexibel auf Nachfrageschwankungen reagieren konnten, besaßen aber eine derart dünne Kapitaldecke, dass länger anhaltende Abschwünge in den Konkurs führten. Auch beruhte der wirtschaftliche Erfolg in vielen Fällen auf einer wachsenden Abhängigkeit vom Export, sodass dessen Einschränkung durch internationale Krisen und Spannungen wie ein drohender Schatten über der Geschäftswelt hing. Schließlich nahm in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die Konkurrenz in vielen Branchen deutlich zu, wodurch die Produktpreise unter Druck gerieten, während die Arbeitskosten stiegen.

Montageband in den Wanderer-Werken in Chemnitz, um 1935
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

Stadtansicht von Freital, 1926
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



Die Stadt als Schauplatz der industriellen Moderne

Mit einigem Recht lässt sich davon sprechen, dass die sächsischen Städte in den Jahren zwischen 1871 und 1914 ihre Blütezeit erlebten. Diese Entwicklung hängt ganz wesentlich, wenn auch nicht ausschließlich, mit den Industrialisierungsprozessen der Zeit zusammen. In Sachsen unterstanden die Städte traditionell dem landesherrlichen Regiment; freie Reichsstädte gab es nicht. Durch die Liberalisierung der Gewerbegesetzgebung, den Abbau von Zollgrenzen und den Zugewinn politischer Autonomie durch die revidierte Städteordnung wurden in den 1860er und 1870er Jahren wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, die Städte als Orte der Freiheit zu definieren. Diese Freiheit hatte zahlreiche Facetten und umfasste nicht nur die unternehmerische Freiheit, die die Industrialisierung erst ermöglichte. Daneben konnten auch kommunalpolitische Gestaltungsspielräume durch eine sich professionalisierende Gemeindeverwaltung zunehmend selbstbewusster genutzt werden. Lebensweltlich bedeutend waren schließlich nicht zuletzt die Chancen auf materiellen Wohlstand, Bewegungsfreiheit und individuelle Selbstverwirklichung, die die Städte für zahlreiche Zuwanderer so attraktiv machten. Der Eintritt in die moderne Massengesellschaft lässt sich daher in den urbanen Zentren besonders gut nachvollziehen.

Die von den Städten gebotenen Freiräume stellten indes die gesellschaftlichen Machtstrukturen nicht infrage und milderten auch nicht die ausgeprägte soziale Ungleichheit. Zum einen blieben die weitreichenden politischen Entscheidungen in Sachsen in den Händen des Staates und der ihn tragenden, kon-

servativ bis reaktionär geprägten Funktionsebenen. Zum anderen bildete das städtische Bürgertum, darunter der zum politischen Liberalismus tendierende und selbstbewusst agierende wirtschaftsbürgerliche Teil, eigene Exklusionsansprüche aus. So blieben in den Gemeinwesen die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft von der lokalen politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Auch die freien Gewerkschaften hatten es schwer, dauerhaft Fuß zu fassen. Die Organisation der Belegschaften in den kleinen, familiär geführten Unternehmen lag oft nicht im unmittelbaren Interesse der Beschäftigten und stieß zudem auf den Widerstand der Unternehmer, die für sich in Anspruch nahmen, schon zu wissen, was für „ihre“ Arbeiter „am besten“ war. In der Wohnungsbaupolitik wie auch der Gestaltung des öffentlichen Raumes gingen die herrschenden bürgerlichen Gruppen von der Annahme aus, stellvertretend für das Gemeinwohl zu handeln, das in der Regel vor allem mit den eigenen Interessen in Deckung gebracht wurde. In kleinen und mittleren Städten konnten einzelne Unternehmer, wie z. B. der Metallwarenfabrikant Robert Tümmeler in Döbeln, nachhaltige Spuren als Fabrikanten, Bauherren und Mäzene hinterlassen.

Sachsen ist um die Wende zum 20. Jahrhundert als das „rote Königreich“ und als Wiege der Arbeiterbewegung bekannt geworden. Insbesondere im Raum Leipzig und in Südwestsachsen entwickelte sich früh ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Organisation und Agitation. Allerdings war das „rote Königreich“ eher ein auf den Moment gemünztes Schlagwort, das nach dem überwältigenden Sieg der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1903 die Runde machte, und weniger eine qualifizierte



Plauen, Blick in die Bahnhofstraße, 1935

© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

Einschätzung der politischen Situation in Sachsen. Weite Teile der Arbeiterschaft verbanden mit der Industrialisierung und der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum vor allem die Chance auf sozialen Aufstieg, Verbesserung der materiellen Lebensumstände und das Zugeständnis von Respektabilität; um diese Ziele kämpften sie innerhalb wie außerhalb der Arbeiterbewegung, kollektiv wie auch individuell. Neben den Streikbewegungen und dem Kampf um eine Wahlrechtsreform, die nach 1900 an Intensität zunahm, richtete sich die Energie vor allem auf die zahlreichen Bildungs- und Kulturinstitutionen von und für Arbeiter. Wenn man zum Beispiel das auch überregional wahrgenommene Ereignis des Crimmitschauer Textilarbeiterinnenstreiks von 1903/04 als Zeichen der Radikalisierung interpretiert, so ist andererseits nicht zu übersehen, dass eine große Zahl Beschäftigter in den Arbeiterbildungs-, -kultur- und -sportvereinen tätig waren, wo das Streben um Reformierung der Gesellschaft mit den Bemühungen um Selbstverbesserung Hand in Hand ging.

Die Städte boten für die Aspirationen der Menschen ein ideales Umfeld. Hier konnten aufgrund der kurzen Wege und der direkten Ansprache viele Menschen in kurzer Zeit mobilisiert werden; hier bestanden die Möglichkeiten, sich in Vereinen regelmäßig zu treffen; hier konnte man sich rasch und in großer Vielfalt über Neuigkeiten inner- wie außerhalb der lokalen Grenzen informieren; hier hielten technische Innovationen früh Einzug; hier erweiterte sich beständig das Angebot an Konsummöglichkeiten und Freizeitbeschäftigungen. Zugleich war es ein prägendes Kennzeichen gerade der sächsischen Städte, dass sie trotz ihres starken Wachstums meist überschaubar blieben, dass soziale Netzwerke und Kommunikationswege sich vielfach überschneiden und dass die Stadt im Alltag nicht als anonymes, fremdes Gebilde, sondern als ein vertrautes Nahumfeld wahrgenommen wurde. Die Stadt als Moderne war ein Ort wachsenden Selbstvertrauens, dessen Dynamik auf der Vielfalt der Partizipations- und Wahlmöglichkeiten beruhte. Einen durchaus typischen Blick auf die Stadt warf etwa der Journalist Otto Schulze im Jahr 1910 bei einem Besuch in Plauen: „Wir [...] wandeln die breite Avenue [der Bahnhofstraße] entlang, die ganz Geschäftsstraße ist und Auslagen aufweist, deren sich auch weit bedeutendere Städte nicht zu schämen brauchten. Von imposanter Wirkung ist der große, von hohen Monumentalbauten umgebene Albertplatz, den geschmackvolle Blumenbeete und drei Denkmäler, das Kriegerdenkmal von 1870/71 und die Standbilder von Bismarck und Moltke zieren. Lebhaft ist das Gewühl hier zu jeder Tageszeit, und bis hinab zur Hauptpost wird die Straße nicht leer von Wagen- und Fußgängerkehr. [...] Das gesellige Leben in Plauen ist angenehm. Wird auch mit Hochdruck gearbeitet, so ist doch der Plauer nach vollbrachtem Tagewerk dem Vergnügen nicht abhold, ja es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß er die vielen ihm gebotenen Veranstaltungen, mögen es Vorträge, Theater- und Zirkusvorstellungen oder Tanzunterhaltungen



sein, mit Freuden und Nachdruck wahrnimmt.“¹ Wie diese Beschreibung deutlich macht, zog die gesellschaftliche Transformation der Stadt auch kulturelle Umformungen nach sich: Lebensgewohnheiten, Zeitrhythmen und Wahrnehmungsweisen veränderten sich, wurden ‚moderner‘ und gingen mit neuen geschmacklichen Vorlieben einher. Im Zeitalter der Industrialisierung veränderten sich somit weit mehr als nur die ökonomischen Strukturen.

Krise der Industrie – Krise der Stadt

Die städtische Industrialisierung mit ihren spezifischen strukturellen Ausformungen hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Zeiten internationaler Konjunkturreinbrüche eine nicht geringe Krisenanfälligkeit gezeigt. Die Bezeichnung Sachsens als „Wetterwinkel der Konjunktur“, d. h. als eine Region, in der wirtschaftliche Schwankungen besonders heftige und unmittelbare Auswirkungen hatten, spiegelte eine ökonomische Realität, die nach 1914 gravierende Folgen für die Bevölkerung haben sollte. Obwohl der Kriegsausbruch, die Umstellung auf die Kriegswirtschaft sowie die Wirtschaftsblockade die industrielle Entwicklung teils unterbrachen, teils wie z. B. bei kriegswichtigen Gütern auch be-

Vorführung von Jugendlichen auf einem Arbeitersportfest, Sportplatz im Müglitztal bei Dohna, Foto von Kurt Otto Burghardt, 1932

© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

1 Otto Schulze: Das Vogtland und seine Kreisstadt Plauen, in: Salonblatt 5 (1910), Nr. 18 vom 30. April 1910, S. 512-518, hier S. 517 f.

Neue Arbeitersiedlung in Schmieberg im Weißeritztal, um 1915

© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



Literatur

Karlheinz Blaschke: Industrialisierung und Bevölkerung in Sachsen im Zeitraum von 1830 bis 1890, in: Forschungsausschuß „Historische Raumforschung“ (Hrsg.): Raumordnung im 19. Jahrhundert, Teil 1, Hannover 1965, S. 69-95.
 Karlheinz Blaschke: Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur Industriellen Revolution, Weimar 1967.
 Rainer Karlsch/Michael Schäfer: Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter, Leipzig 2006.
 Jürgen Reulecke: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, 3. Auflage Frankfurt am Main 1992.
 Michael Schäfer: Eine andere Industrialisierung, Stuttgart 2016.
 Michael C. Schneider: Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende, in: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 72-84.

schleunigten, lagen die Ursachen für den damit eingläuteten dauerhaften Krisenzustand tiefer. Das überdurchschnittliche Gewicht der Textil-, Leicht- und Genussmittelindustrie hatte in Zeiten wachsenden Volkseinkommens und liberaler Handelspolitik für Wohlstandeffekte gesorgt, die während des Krieges und in der Zwischenkriegszeit weitgehend verschwanden. Das rasche Bevölkerungswachstum auf fast fünf Millionen Einwohner im Jahr 1914 kehrte sich nun um: nicht nur die Bevölkerungsver-schiebungen und die Gefallenenzahlen des Ersten Weltkrieges sorgten für eine Schrumpfung, auch die Abwanderung aus Sachsen verstärkte sich. Die vor 1914 am stärksten gewachsenen Städte stagnierten oder verloren sogar Einwohner, so z. B. Plauen, dessen Bevölkerung bis 1918 um fast 20 Prozent zurückging und danach auf niedrigem Niveau verharrte.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief während der Weimarer Republik regional sehr unterschiedlich. Zu wahren Notstandsgebieten wurden die Gebiete mit vorwiegender Textilindustrie, d. h. Südwestsachsen, Teile des Erzgebirges sowie die südliche Oberlausitz. Hier schnellten die Arbeitslosenzahlen in enorme Höhen, Betriebe schlossen ihre Tore und die städtischen Finanzen erlebten einen wahren Einbruch, durch den einzelne Kommunen an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht wurden. Zwar hatte die Weimarer Verfassung die kommunale Selbstverwaltung im Artikel 127 garantiert, doch Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen untergruben das Selbstbewusstsein der modernen Stadt. Hinzu kam, dass die städtischen Einnahmen zunehmend von staatlichen Zuwendungen abhängig waren. Immerhin erfolgte zwischen 1924 und 1929 eine wirtschaftliche Stabilisierung, die allerdings sehr ungleich ausgeprägt war. Während in einzelnen Städten Unternehmen des Fahrzeug- und Maschinenbaus, der polygrafischen Industrie und der Feinmechanik durch Innovationen und den Zufluss von Kapital eine neue Blüte erlebten und Leipzig als Messestadt gleichfalls eine Stabilisierung erfuhr, standen Orte mit textilindustriellem Schwerpunkt, Spielzeugherstellung oder Spezialbranchen wie dem Musikinstrumentenbau vor unlösbaren wirtschaftlichen und finanziellen Problemen. Von dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise ab 1929 mit dem damit einhergehenden Rückgang des Exportes und der Verengung des Kreditmarktes waren die Unternehmen in den sächsischen Städten besonders stark betroffen.

Auch nach 1933 änderte sich das Bild nicht grundlegend, da unter der nationalsozialistischen Herrschaft der Strukturwandel mit unverminderter Stärke weiterging und lediglich durch subventionierte Arbeitsbeschaffungsprogramme lokal abgemildert wurde. Im Zeitraum zwischen 1925 und 1936 verlor Sachsen mehr als zwei Drittel seiner Betriebe, die Zahl der Beschäftigten sank um über 350.000 Menschen. Dass im Rahmen der NS-Herrschaft und der auf allen gesellschaftlichen Gebieten erfolgten „Gleichschaltung“ die Städte wichtige Bereiche ihrer Autonomie einbüßten, bedarf keiner näheren Erläuterung. Die Kriegsvorbereitungen seit

Mitte der 1930er Jahre richteten dann die gesamte regionale Wirtschaft und das Städtewesen auf die Macht- und Eroberungspolitik der Nazis aus. Insbesondere die Abhängigkeit zahlreicher Unternehmen vom Export stand den stärker werdenden Autarkiebestrebungen entgegen. Nicht zuletzt durch die Verfolgung und Enteignung jüdischer Unternehmer wurden Geschäftsbeziehungen inner- wie außerhalb Deutschlands unterbrochen, wodurch den sächsischen Unternehmen zusätzlicher Schaden erwuchs.

Mit dem Übergang in die sowjetische Einfluss-sphäre und der schrittweisen Einführung planwirtschaftlicher Strukturen nach 1945 trat die sächsische Wirtschaft in eine grundlegend neue Phase ein. Zwar waren weite Teile der Fabriken und Industrieanlagen den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges entkommen. Doch die Abwanderung von Fachpersonal und technischem Know-how, die massiven Reparationsleistungen an die Sowjetunion und die Abschottung gegenüber den kapitalistisch organisierten Staaten erschwerten den Neustart. In der SBZ/DDR behielt Sachsen seine Rolle als Industrieregion, sodass der Pfad der Industrialisierung nicht verlassen wurde – eine Entwicklung, die sich trotz des scharfen Einbruchs der Industrieproduktion nach 1990 bis in die Gegenwart fortsetzt. Auch nach dem vorübergehenden Ende Sachsens als eigenständiges staatliches Gebilde 1952 blieben die Traditionen der sächsischen Industriestandorte erhalten, wie der Automobilbau in Zwickau, die Feinmechanik in Dresden oder die Textilindustrie in den vogtländischen Städten zeigt. Neue Industriebranchen wie etwa die Mikroelektronik bauten auf den vorhandenen Strukturen auf und bestimmen bis heute das Bild.

Sachsen als Musterland ambivalenter Industriegeschichte

Wie die vergangenen 200 Jahre Industrie- und Stadtgeschichte zeigen, vereinte Sachsen die Widersprüche und Ambivalenzen der Industrialisierung in exemplarischer Weise. Technischer Fortschritt, Innovation und der viel beschworene Erfindergeist standen neben kleinteiligen, von überkommenen Arbeits- und Sozialstrukturen bestimmten gewerblichen Verhältnissen; eine stark diversifizierte Industrielandschaft kam in vielen Gebieten ohne die „klassischen“ Symbole des rauchenden Schornsteins und der Fabriksiedlungen aus; das reiche Städtewesen spiegelte zugleich moderne Lebenswelten und den Rückgriff auf nicht-urbane Alltagswirklichkeiten und Sinnhorizonte. Die hohe Flüchtigkeit und Flexibilität der wirtschaftlichen Strukturen kontrastierten zum Teil scharf mit der Beharrung auf überkommenen Denkweisen und einem ausgeprägten Eigenbewusstsein. Heute entdeckt Sachsen die Fülle seiner industriekulturellen Zeugnisse wieder – die Mehrdeutigkeit und Vielschichtigkeit der sächsischen Industriegeschichte sollten dabei immer mitgedacht werden.

Autor

Dr. Sönke Friedreich
 Institut für Sächsische
 Geschichte und Volkskunde
 Zellescher Weg 17,
 01069 Dresden
 s.friedreich@isgv.de